

ERFTSTADT

### Rat soll Resolution verabschieden

Die CDU fordert, dass sich die Politik gegen die Errichtung der Hähnchenmastanlage einsetzt.

VON BRITTA HAVLICEK

**Erftstadt-Erp/Vettweiß** - Die Mitglieder des Erftstädter Stadtrates sollen eine Resolution über den geplanten Hähnchenmastbetrieb in Vettweiß an der Grenze zu Erftstadt-Erp verabschieden. Das hat die CDU in ihrer letzten Fraktionssitzung beschlossen. Die Erftstädter Fraktionen sollen sich „vehement gegen die Errichtung einer Hähnchenmastanlage mit 160 000 Mastplätzen“ vor den Toren Erps aussprechen. Bürgermeister Ernst-Dieter Bösche müsse das Ergebnis allen am Verfahren beteiligten Personen und Behörden übermitteln, fordert die CDU. Bereits im Stadtentwicklungsausschuss am Dienstag, 4. Dezember, im Liblarer Rathaus wird über die Resolution abgestimmt.

Die „Bürgerinitiative gegen Mastentierhaltung und für Umweltschutz in Vettweiß“ (BMUV) begrüßt diese Idee und hofft auf eine klare Aussage aller Erftstädter Parteien gegen den geplanten Betrieb bei der nächsten Gemeinderatssitzung in Vettweiß, als nachbarschaftliche Unterstützung. Mitglieder der Bürgerinitiative wollen in der Sitzung am 12. Dezember, 18 Uhr, über einen Antrag abstimmen lassen. Der Antrag soll so formuliert sein, dass jeder Politiker aus jeder Fraktion in Vettweiß eindeutig Position zu dem geplanten Mastbetrieb beziehen muss, sagte der Vorsitzende der Bürgerinitiative Wolfgang Mödder. Bislang sei dies nicht geschehen. „Und wenn dann bei der Ratssitzung auch noch die Erftstädter Politik ihre Haltung demonstrieren würde, wäre das sicher sehr hilfreich.“

Bislang hat die Bürgerinitiative mehr als 2500 Protestunterschriften gesammelt, etwa die Hälfte stammt von Erper Bürgern. Ein Antrag des Investors auf Genehmigung des Projektes ist bislang nicht bei der Bezirksregierung eingegangen. (hc)

# Politiker wollen auf Nummer

## Im gesamten Friesheimer Gewerbegebiet soll künftig kein Müll

Vertreter der Bürgerinitiative demonstrieren mit Plakaten in der Ausschusssitzung gegen den Plan.

VON BRITTA HAVLICEK

**Erftstadt-Friesheim** - Die Fraktionen wollen nun auf Nummer sicher gehen und zwar alle. Nachdem die Firma Füngeling die Absicht aufgegeben hat, gemeinsam mit der Entsorgungfirma Alba einen Umschlagplatz für Verpackungsmüll im Friesheimer Gewerbegebiet anzulegen, übersiedelten sie im Ausschuss für Wirtschaftsförderung förmlich die Vorsätze. Füngeling hatte den Bauantrag für den Umschlagplatz zurückgezogen. Und die Ausschussmitglieder stimmten einstimmig dafür, den Bebauungsplan im Gewerbegebiet so zu ändern, dass auf dem Füngeling-Gelände weder Müll abgeschlagen noch gelagert und auch nicht verarbeitet werden darf.

Der Antrag hatte Bürgermeister Ernst-Dieter Bösche für die Verwaltung eingebracht und ist damit seiner Partei, der SPD, nur knapp zuvor gekommen. Als Bösche im Ausschuss seinen Antrag erklärte, die ebenfalls von ihm beantragte Veränderungssperre habe sich damit erledigt, beharrte die SPD-Fraktion. SPD-Fraktionsvorsitzender Bernhard Bohlen und die Friesheimer Stadtverordnete Claudia Siebolds stimmten darauf. Bohlen: „Die Sache ist noch nicht aus der Welt, und man sollte jetzt für die Zukunft ausschließen, dass so eine Errichtung dort noch möglich ist.“

Fraktionsvorsitzender Alfred Zerrenn und Albert Granrath setzten einen Antrag auf und forderten für die CDU, dass diese Änderung direkt für das gesamte Friesheimer Gewerbegebiet gelten soll. Und außerdem wollten die Christdemokraten jetzt, dass die Verwaltung gleich alle Gewerbegebiete in Erftstadt auf ihre Nutzungszwecke hin prüft. Es sollen aufgelistet werden, wo eine Müllabfuhr rechtlich möglich wäre und wo eine solche nun ebenfalls von vornherein ausgeschlossen



Mehr als 30 Mitglieder der Friesheimer Bürgerinitiative verfolgten die Äußerung

werden soll. „Damit so ein Fall nicht an einer anderen Stelle wieder passiert“, so Granrath.

FDP-Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Eduard Hille sagte, es sei nicht korrekt gewesen, wie ein angelegenes Unternehmen wie die Firma Füngeling förmlich „durchs Dorf getrieben“ worden sei, „auch wenn man nicht mit den Plänen einverstanden ist. Da fehlte ein partnerschaftlicher Umgang.“

Zur Ausschusssitzung waren mehr als 30 Mitglieder der „Bürgerinitiative gegen ein Müll-Zwischenlager in Friesheim“ gekommen, um sich zu vergewissern, dass das Thema tatsächlich vom Tisch ist, und um dem Bürgermeister 1321 Unterschriften volljähriger, wahlberechtigter Leute zu überreichen, die die Bürgerinitiative innerhalb von zehn Tagen gesammelt hatte. Dieter Wolf, Sprecher der Bürgerinitiative, erklärte, dass die Bürgerinitiative dennoch am Ball bleiben wolle – bis der Rat entschieden habe. Die Bürgerinformationsveranstaltung, die am 6. Dezember im Alten Gasthaus stattfinden sollte, ist abgesagt.

